

Entschließung

Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden ersucht, auf EU-Ebene dafür einzutreten, dass die den gemeinschaftsrechtlichen Richtlinien über den Fernabsatz und den elektronischen Geschäftsverkehr eigene Verpflichtung zur Transparenz über die wesentlichen Vertragsbestandteile, insbesondere den Preis, durch strukturelle Vorgaben über die Gestaltung der Online-Angebote unterstützt werden, dies insbesondere bei scheinbar kostenlosen Angeboten, die zur Irreführung der Verbraucher geeignet sind. In diesem Zusammenhang soll eine sogenannte Buttonlösung geprüft werden.